

Kaum ein Wort kommt dieser Tage so selbstverständlich als Ursache der Finanzkrise über unsere Lippen wie die Gier. Die öffentliche Meinung scheint ihr Urteil gefällt zu haben: Die Marktwirtschaft ist zum Opfer zügelloser Gier geworden. Die Verrohung der Sitten wird als scheinbar zwangsläufige Folge des Kapitalismus diagnostiziert, und weil das so ist, muss auch die Soziale Marktwirtschaft versagt haben.

Doch ein kompliziertes Problem wie die Finanzkrise kann nicht auf eine einfache Erklärung zurückgeführt werden. Es kommt auf den Kontext an, in dem sich gieriges Verhalten abspielt. Sprechen wir über Habgier, das rücksichtslose, übersteigerte Streben nach immer mehr, die „Wurzel allen Übels“? Oder beziehen wir uns auf die Neugier, die Antriebsfeder für Fortschritt und eine bessere Zukunft?

Können wir die Zügellosigkeit der Habgier bändigen, ohne die Antriebsfeder der Neugier zu lähmen? Lässt der Kapitalismus dies zu, und welche Rolle spielen Mensch, Markt und Staat bei diesem Vorhaben? Oder scheitern auch die besten Absichten am Geld und dem Finanzsystem? Dem soll in diesem kurzen Beitrag nachgegangen werden.

Ökonomisch gesprochen, zieht der Mensch, wenn er die Wahl hat, das „Mehr“ dem „Weniger“ vor. Mehr zu haben ist einfach schöner, es ermöglicht einen höheren Lebensstandard – dieser (vernünftige) Eigennutz bestimmt unsere Entscheidungen. Dass das Streben

nach dem Mehr Grenzen kennt, hat der Ökonom Hermann Heinrich Gossen im (ersten Gossen'schen) Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen beschrieben: Je mehr man von einem Gut besitzt, umso geringer wird der zusätzliche Nutzen, den uns ein weiteres Gut (des Mehr) spendet. Es wird sinnvoll, über andere Güter und ihren Nutzen nachzudenken. Wirtschaften wird zu einem ständigen Abwägen von unterschiedlichen Möglichkeiten (Opportunitäten).

Der abnehmende Grenznutzen (die zunehmende Sättigung) beschreibt eine der menschlichen Natur und der ökonomischen Theorie endogene Gesetzmäßigkeit zur Zügelung.

Nicht nur Ökonomen wie Gossen haben sich dieses „Ansatzes“ bedient. Bereits der Universalgelehrte Paracelsus führte im sechzehnten Jahrhundert aus: „Alle Ding' sind Gift und nichts ohn' Gift; allein die Dosis macht, dass ein Ding kein Gift ist.“

Gilt auch beim Geld das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen? Hier sind Zweifel angebracht. Geld kann man eigentlich nie genug haben, sein Grenznutzen nimmt nicht ab, sondern – zumindest in Dimensionen, die für den Großteil der Bevölkerung erreichbar sind – zu. Das macht Geld so anders, und aus vernünftigen Eigennutz wird Gier. Auch populäre Formulierungen (vor allem begüterter Menschen), „Geld macht nicht glücklich, aber es beruhigt“, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Geld verrückt machen kann. Denken wir an den „Ausnah-

mezustand“ beim Lottospiel, wenn der Jackpot wochenlang nicht „geknackt“ wurde. Auch Goethe ließ Margarethen im ersten Teil des Faust ausrufen: „Am Golde hängt, zum Golde drängt doch alles.“

Der abnehmende Grenznutzen, der den Eigennutz des *Homo oeconomicus* ganz ohne staatliche Regulierung „bändigt“, versagt beim Geld. Das macht das Geld zur Achillesferse des Kapitalismus. Bis zum heutigen Tage kann keine Kritik am Kapitalismus leichter, scheinbar überzeugender und abschließender begründet werden als mit der Gier nach Geld. Auch der Volksmund ist sich einig, dass Geld den Charakter verdirbt. Dabei ist Gier in den Augen der Psychologie kein zu verallgemeinerndes Verhalten, sondern ein krankhaftes, individuelles Fehlverhalten, ein unstillbarer Hunger nach mehr.

Das moralische Unbehagen beim Geld ist tief eingraviert in unser kulturelles Empfinden, und in der öffentlichen Debatte ist es ein Leichtes, die Gier nach Geld für alle Verfehlungen des Kapitalismus verantwortlich zumachen. Deshalb bleibt die Anfälligkeit der Menschen und des Wirtschaftssystems (auch hierher rührt das systemische Risiko der Finanzwirtschaft) für Geldgier eine große Herausforderung für eine Soziale Marktwirtschaft. Orientierung geben die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft. „Im Zentrum der Wirtschaft steht der Mensch“ (Wilhelm Röpke). Und damit steht der Mensch auch im Zentrum der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspolitik.

Genau hier – beim Menschen – beginnt die ordoliberalen Sicht des Kapitalismus. Marktwirtschaft war Wilhelm Röpke nicht genug, die freie Wirtschaft ohne den starken Staat in den Augen Alexander Rüstows weder möglich noch nachhaltig und ein Denken in Ordnungen für Walter Eucken unabdingbar dafür, dass aus ei-

nem zutiefst marktwirtschaftlichen Ansatz eine gerechte, menschenwürdige Gesellschaft werden kann. Die Soziale Marktwirtschaft bietet Antworten auf die Herausforderung, den vernünftigen Eigennutz vor der ungezügelten Geldgier zu bewahren: ihr Menschenbild, ihre prinzipiengeleitete Marktwirtschaft und ihr Staatsverständnis.

Begrenzung des Eigennutzes

„Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“ So wohlthuend Goethes Worte über das Wesen des Menschen sind, es hat etwas Naives, allein auf das Menschliche im Menschen zu vertrauen. Adam Smith wies darauf hin, dass wir nicht dem Wohlwollen des Bäckers unser Brot verdanken, sondern seinem unternehmerischen Gewinnstreben. Dieses Eigeninteresse treibt die Wirtschaft an – in Smiths Augen gelenkt durch eine „unsichtbare Hand“ zum Wohle aller. Aber eine wirtschaftliche Ordnung, in der das Eigeninteresse einen festen Platz einnimmt, legitimiert sich nur, wenn der Eigennutz seine Grenzen kennt und nicht zur Bevormundung eines anderen wird.

Dem menschlichen Eigennutz können staatliche Vorgaben Grenzen setzen, die sich am Gemeinwohl orientieren und Individualinteressen ausgleichen. Nur die Motive menschlichen Handelns sind nicht zu fassen, wer kann sich anmaßen, die moralischen Maßstäbe der Menschen zu kennen, um aus ihrer Summe das Gemeinwohl zu bestimmen? Gerade die totalitären Gesellschaftssysteme, denen viele in der aktuellen Debatte scheinbar höhere moralische Standards als dem Kapitalismus zutrauen, haben immer wieder versucht, die Motive menschlichen Handelns auf ein gemeinsames gesellschaftliches Glück auszurichten. Gescheitert sind sie alle. Einerseits weil die Menschen immer wieder ausgebrochen sind und Mauern niedrigerissen haben, andererseits weil eine „Staatsmoral“ immer

den Hang zum Moralisieren in sich trägt und die moralische Legitimität verliert, deren sie sich – gerade gegenüber dem Kapitalismus – so gern rühmt.

Wenn autoritär-staatliche Vorgaben zur Begrenzung des Eigennutzes versagen, so können staatlich gesetzte Anreize den Menschen zu einem vernünftigen Verhalten anhalten. Anreize bestimmen die liberale Ökonomie. Sie erklärt das menschliche Verhalten auf Märkten mit den dort gesetzten institutionellen Anreizen. Und sie leitet daraus ab, dass bei falsch gesetzten Anreizen ein Herdentrieb einsetzt, der es dem Einzelnen unmöglich macht auszuscheren, selbst wenn er das Herdenverhalten individuell für irrational hält. Auch Vertreter der Wirtschaftsethik argumentieren in diesem Sinne: Es kommt nicht auf moralische Appelle an den Einzelnen an, sondern auf kluge, anständiges Verhalten fördernde Anreize und Institutionen. Können Anreize menschliche Entscheidungen vollständig erklären?

Auf Anreize kommt es selbstverständlich an, aber es müssen die richtigen sein. Und selbst in einer Welt funktionierender Anreize kann der Einzelne seine individuelle Entscheidung nicht ausschließlich mit den gesetzten Anreizen legitimieren. Er bleibt selbst verantwortlich. Bereits Adam Smith fügte seiner Analyse, wonach der Unternehmer aus eigennützigen Motiven handelt, einen moralischen Aspekt hinzu. Der Unternehmer ist auch an einem guten Ansehen bei seinen Kunden interessiert, denn das erhöht seine Chancen. Der Moralphilosoph Smith glaubte an eine jedem Menschen angeborene Ethik, die vor Übermaß schützt.

Auch die ordoliberalen Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft stellten den Menschen in seiner Gesamtheit in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen und sahen in seinen Entscheidungen eine Welt jenseits von Angebot, Nachfrage und richtig gesetzten Anreizen. Wilhelm Röp-

ke wurde nicht müde, die Bedeutung des Menschenbildes für den ordnungspolitischen Ansatz zu betonen. Er stellte, Adam Smith nicht unähnlich, dem *Homo oeconomicus* bewusst den *Homo religiosus* entgegen. Ein Bild vom Menschen, der die Welt nicht nur unter dem Aspekt von Kosten und Nutzen betrachtet, sondern der nach „Maß und Mitte“ strebt. Röpke erkannte früh die Gefahr einer einseitigen Ökonomisierung und einer säkularen Massengesellschaft, die auf die seelischen Bedürfnisse des Menschen keine Rücksicht nimmt.

Die charakterliche Grundausstattung des Menschen stand für die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft im Zentrum der liberalen Konzeption freier Märkte. Der Appell an eine freiwillige Selbstbeschränkung des Menschen war Bestandteil von Ludwig Erhards Programm. Die Gründerväter folgten einem umfassenderen Ansatz als demjenigen der reinen Anreizorientierung. Die Einstellung des Menschen zu den Dingen, die ihn umgeben – auch das mag naiv klingen –, ist ihr bestimmendes Bild. Und es stützt sich, wie die Marktwirtschaft überhaupt, jenseits der Anreize auch auf ein hohes Maß individueller Verantwortung und sittlicher Reife.

Gier und Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft rechtfertigt sich in der beispiellosen Effizienz ihrer Ergebnisse. Der Markt ist keine gute oder böse Macht, er ist ein Instrument zur Schaffung unbeschreiblichen gesellschaftlichen Wohlstands. Wer ihm moralische Kategorien aufzwingt, überfordert ihn. Der Markt sorgt für Ergebnisse ohne Ansehung der Motive (und der Moral) der Marktteilnehmer. Auf diese Ergebnisse kommt es zunächst an, das macht seine Effizienz aus. Aber die moralische Indifferenz auf Märkten gegenüber den Marktergebnissen war den Ordoliberalen nicht gleichgültig. Denn über das Kriterium der Effi-

zienz hinaus rechtfertigten sie den Markt dadurch, dass er der Würde des Menschen und seiner Freiheit von – staatlichem wie privatem – Zwang dient. „Marktwirtschaft mit moralischem Fundament“, so Wilhelm Röpke, macht die Marktwirtschaft erst zu einer dauerhaft allen anderen Systemen überlegenen Ordnung.

Und diese freiheitssichernde Wirkung erhält die Marktwirtschaft durch eine Reihe von Regeln und Prinzipien. Diese konstituierenden Prinzipien, die Walter Eucken herausgearbeitet hat und in deren Zentrum eine auf Privateigentum und Privatautonomie basierende Wettbewerbsordnung steht, geben der Marktwirtschaft ein moralisches Fundament und richtig gesetzte Anreize. Der faire Wettbewerb der Produzenten um die Gunst der Konsumenten ermöglicht Effizienz und ökonomische Freiheit, dem in Wilhelm Röpkes Augen „kostbarsten Wert“, dem man „alles andere opfern sollte“.

Kann es ernsthafte Zweifel geben, dass in der Finanzkrise gegen konstituierende Prinzipien Walter Euckens verstoßen wurde: einen stabilen Geldwert, damit einhergehend ein verlässliches Finanzsystem oder eine Haftung der Marktteilnehmer für die Folgen ihres Handelns? Kurzfristiges Gewinnstreben, die gängige Praxis, Rendite und Risiko von Finanzprodukten zu trennen und dies „Finanzinnovation“ zu nennen, haben das Prinzip der Haftung und der Verantwortung auf dem Finanzmarkt zertümmert.

Wenn nun über eine Neujustierung der Finanzmarktordnung nachgedacht wird, dann wird es darum gehen, diese Prinzipien zur Richtschnur zu machen. Denn sie respektieren den Markt, aber sie erklären ihn nicht zum Selbstzweck. Je mehr die Marktwirtschaft diesen Prinzipien folgt, umso mehr gelingt es, Fehlentwicklungen zu verhindern. So kann Gier gezügelt und Maßlosigkeit verhin-

dert werden. Und insofern macht die Wettbewerbsordnung den freien Markt auch sozial: indem der faire Wettbewerb die Freiheit des einen an der Grenze der Freiheit des anderen austariert und indem jeder genug zum Leben hat.

Der Einfluss des Staates

An dieser Stelle kommt der Staat zu seinem Recht. Viel ist davon zu hören, dass der Staat dieser Tage eine Renaissance erlebt. Aber schon die Ordoliberalen sahen in der Marktwirtschaft eine staatlich regulierte Veranstaltung. Denn die Gewährleistung der Eucken'schen Prinzipien ist vornehmste Aufgabe des Staates. Er übernimmt in den Augen Röpkes die Rolle des Schiedsrichters, der die Einhaltung der Spielregeln überwacht.

Der Staat hat mehr Einfluss auf das Verhalten der Wirtschaftsakteure, als wir denken. Und er hat eine entsprechend große Verantwortung. Auch seine Vertreter sind Menschen, die Versuchungen ausgesetzt sind. Der Staat übernimmt mit der Regelsetzung immer eine Mitverantwortung für den Markt, auch wenn sich der Marktteilnehmer für seine Entscheidung immer rechtfertigen muss und sich nicht unter Hinweis auf eine schlechte Regelsetzung aus der Verantwortung stehlen kann. Das Verhalten des Schiedsrichters ist mitverantwortlich für ein Spiel, das auf dem Finanzmarkt aus den Fugen geraten ist. Es gibt kein relevantes Markt- ohne Staatsversagen und umgekehrt, sehen wir von Anarchie oder Diktatur ab.

Die ordoliberalen Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft sahen in einem guten, effizienten staatlichen Handeln eine konstituierende Voraussetzung und eine Mitverantwortung für eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung. Alexander Rüstow sprach von einem „liberalen Interventionismus“, einem Eingreifen in Richtung der Marktgesetze. Ein Staat, der in den Augen seiner Bürger ein

guter Schiedsrichter ist, trägt entscheidend dazu bei, dass die Bürger auch das Spiel, die Marktwirtschaft, anerkennen.

Diese bedeutende Rolle des Staates für eine prinzipiengeleitete Marktwirtschaft in Zweifel gezogen zu haben, das ist der zweifelhafte Beitrag derjenigen, die heute als Neoliberale gelten. Mit den Überzeugungen der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, die freies Wirtschaften mit und nicht gegen den Staat vor Augen hatten, haben sie nicht mehr viel gemeinsam. Ihre Leitlinie ist die Deregulierung, der Rückzug des Staates. Es ist nicht auszuschließen, dass das gebetsmühlenhafte Beschwören des schlanken Staates mittelfristig auch die Akzeptanz der Marktwirtschaft beschädigt. Der Staat ist – wie der Markt – kein Selbstzweck. Er muss sich immer wieder neu als Garant menschlicher Freiheit beweisen. Es steht außer Frage, dass der Staat zur Marktwirtschaft gehört – wie der Schiedsrichter zum Spiel, das ohne ihn nicht stattfinden kann.

Das gilt auch für die Frage des sozialen Ausgleichs oder des Sozialstaats. Der Markt ist ein mächtiges Entdeckungsverfahren, aber genügt dies bereits für eine Soziale Marktwirtschaft? Dürfen uns diejenigen, die nicht entdeckt werden, egal sein? Hier, am Sozialstaat, haben sich die Vertreter des heutigen Neoliberalismus in der öffentlichen Meinung besonders „erfolgreich“ abgearbeitet. Anders als ihre historischen Vorgänger haben sie weder die wirtschaftliche und soziale Zerrüttung einer Weltwirtschaftskrise noch – was den deutschen Ordoliberalismus anbetrifft – den völligen moralischen Zusammenbruch Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt und schießen vielleicht deshalb über das Ziel hinaus.

Auch der Sozialstaat muss sich Fragen gefallen lassen – auch hier gibt es Gier nach immer mehr staatlicher Leistung. Deshalb muss der Sozialstaat fortwäh-

rend angepasst werden. Denn er ist eine große Versuchung, ein süßes Gift für die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung. Auch für einen sozialen Ausgleich bleiben Erhards Worte die Orientierung: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren und die Risiken des Lebens selbst tragen.“ Der Sozialstaat darf den Einzelnen nicht zum sozialen „Untertan“ (Röpke) machen.

Aber der Sozialstaat hat seinen Sinn: Wer beispielsweise krank wird, der braucht eine Krankenversicherung, egal ob diese privat oder öffentlich organisiert wird. Dafür hat der Staat zu sorgen. Das ist ein Akt der Menschlichkeit, aber das steht hier nicht im Vordergrund. Es ist auch ein Akt zur Aufrechterhaltung des Marktzugangs: Nur wer bei Gesundheit ist, der kann sich den Risiken des Lebens stellen, der erfährt den Markt als Entdeckungsverfahren. Ohne Gemeinschaft ist der Einzelne mit bestimmten Risiken des Lebens überfordert. Und hier ist der Staat weiterhin gefordert und legitimiert, die „Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich zu verbinden“ (Alfred Müller-Armack).

Der Mensch steht im Mittelpunkt, und zum Menschen gehört die Gier. Sie ist als Habgier oder Neugier auch Ausdruck dessen, dass wir zum Guten wie zum Bösen befähigt sind. Daher führen menschliche Entscheidungen zu guten wie zu schlechten Marktergebnissen. Diese allein dem Markt oder dem Kapitalismus anzukreiden wird unserem Bild des selbstbestimmten Menschen nicht gerecht.

Der Ordoliberalismus bietet mit der Wettbewerbsordnung, in der der Staat marktwirtschaftliche Prinzipien gewährleistet, die bisher erprobteste aller Ordnungen, um das Streben nach dem „Mehr“ erfolgreich auszuloten: indem er Gier und Eigennutz in ihrer zerstörerischen Wirkung zügelt, ohne ihre schöpferischen Kräfte zu lähmen.